

Siegener Zeitung [online](#)

Bedenken gegen Strompreisbremse

Heftiger Gegenwind für Altmaiers Vorschläge in Koalition und Ländern

dapd **Berlin/München.** Gegen die Pläne von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) zur Begrenzung des Strompreisanstiegs werden nun auch rechtliche Bedenken laut. Aus dem Wirtschaftsministerium kamen am Wochenende erhebliche Vorbehalte, auch mehrere Länderchefs haben Zweifel, ob sich die Ideen des Umweltministers durchsetzen lassen. Altmaier warnte derweil vor den Folgen zögerlicher Politik: „Ohne Strompreissicherung droht im Herbst eine weitere Strompreiserhöhung von bis zu 10 Prozent“, sagte der Minister.

Altmaier will bis einschließlich 2014 die Umlage zur Förderung der erneuerbaren Energien einfrieren und 2015 den Anstieg auf 2,5 Prozent im Jahr begrenzen. Es soll weniger Ausnahmen für energieintensive Firmen geben. Betreiber von Ökostromanlagen sollen zeitweilig auf Vergütungen verzichten.

Aus dem Berliner Wirtschaftsministerium kommt nun Widerstand, nachdem

Minister Philipp Rösler (FDP) sich in ersten Bewertungen des Vorschlags noch wohlwollend geäußert hatte. Der Plan, die Umlage einzufrieren, sei zum Scheitern verurteilt, heißt es nach einem Medienbericht in einer internen Bewertung des Wirtschaftsressorts. Altmaier greife zu „Scheinlösungen“, statt grundsätzlich an den Fehlanreizen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes anzusetzen. Auch die Idee, Ökostrombetreiber zu einem Energie-Soli zu verpflichten, berge „höchste rechtliche Risiken“.

Der Widerstand aus den Ländern gegen Altmaiers Ideen wurde am Wochenende deutlich. Seine Parteifreundin, Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU), äußerte mit Hinweis auf den Rechtsschutz für bestehende Solaranlagen „höchste Bedenken, ob sich die Vorschläge rechtlich umsetzen lassen“. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) sagte, man habe den Ökostrom-Investoren Zusagen gemacht, die man nicht einfach brechen könne. Krafts

SPD-Amtskollege Torsten Albig aus Schleswig-Holstein mahnte ebenfalls, man dürfe Investoren nicht „durch ständige Änderungen verunsichern“. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) bemängelte, Altmaier hintertreibe den Ausbau der erneuerbaren Energien „durch die Hintertür“ und konterkarriere die Energiewende.

Altmaier will trotzdem für seine Strompreisbremse kämpfen. „Ich will das Gesetz zur Begrenzung der Ökostromumlage Anfang Juli im Gesetzblatt haben, damit es am 1. August in Kraft treten kann. Ich bin fest entschlossen, jede Chance zu nutzen, dass das gelingt“, sagte der Minister.

Die SPD will ungeachtet der Kritik an Altmaiers Ideen die Stromverbraucher entlasten, „und zwar wirkungsvoll“, wie Parteichef Gabriel ankündigte. Er schlug vor, dass die Bundesregierung die erhöhten Einnahmen aus der EEG-Umlage über die Mehrwertsteuer an die Stromkunden zurückgibt.

04.02.2013 SZ

Stadtwerke ächzen unter Energiewende

Einspeisevorrang der Erneuerbaren macht den Unternehmen zu schaffen

dpa Essen/Aachen. Die Riesen am Energiemarkt wie Eon und RWE klagen derzeit lautstark über Gewinneinbrüche mit ihren Gas- und Steinkohlekraftwerken. Zurückhaltender äußern sich die Verbände der Stadtwerke. Doch auch ihre konventionellen Kraftwerke bewegen sich an der Nulllinie, weil der Strompreis an der Börse durch die Wind- und Sonnenstromschwemme abgestürzt ist – der Verbraucher spürt davon allerdings fast nichts, weil auf den Endkundenpreis noch die Kosten für die Ökostromförderung und die Netzentgelte aufgeschlagen werden. Im Gegenteil: Die Strompreise für die Verbraucher sind gestiegen.

Aber die Stadtwerke haben dennoch Probleme: Wegen des Einspeisevorrangs der erneuerbaren Energien kämen manche Steag-Kraftwerke gerade noch auf 500 bis 1000 Betriebsstunden im Jahr, sagte der CDU-Bundestagsfraktionsvize Michael Fuchs nun bei einer Energie-Tagung in Berlin. Die Gewinnzone liegt bei etwa 4000 Stunden. Mangels der nötigen Erträge für die Deckung der Kapitalkosten werden branchenweit Neubauprojekte verschoben. Gleichzeitig müssen aber auch die Stadtwerke viele Millionen in erneuerbare Energien investieren, wenn sie den Anschluss nicht verlieren wollen.

Steag etwa hat sich Investitionen von mehr als 1 Mrd. € in drei Jahren vorgenommen. Doch wo sollen die herkommen? Die acht Steinkohlekraftwerke des fünfgrößten deutschen Versorgers Steag – mehrheitlich in der Hand von Ruhrgebietsstadtwerken – haben nach Aussage eines Insiders 2012 gerade mal eine „schwarze Null“ erwirtschaftet. RWE hatte die langjährigen Stromabnahmeverträge mit Steag gekündigt. Neue Abnehmer hat Steag bisher nur teilweise gefunden. Unter den Gesellschaftern sei Unruhe ausgebrochen, hieß es.

Manche plädierten dafür, die weiterhin hoch profitablen Auslandskraftwerke des Unternehmens etwa in der Türkei zu verkaufen. Länger bekannt ist, dass mehrere



Eine „schwarze Null“ ist auch für Versorger Steag zu wenig.

Foto: dpa

ältere Blöcke vom Netz müssen. Welche, will das Unternehmen noch nicht sagen.

Unruhe auch beim größten deutschen Stadtwerke-Konsortium Trianel in Aachen. Zu Jahresbeginn wurde die Insolvenz der Flensburger Förde Energiegesellschaft bekannt. Das Unternehmen aus dem Stadtwerkebereich hatte sich mit einer Beteiligung am Trianel-Kraftwerk in Lünen übernommen.

Der Verbund Trianel von über 50 Stadtwerken und Regionalversorgern rechnet zwar 2012 noch mit schwarzen Zahlen, aber etwa vom jahrelang lukrativen Gaskraftwerk in Hamm komme 2013 kein Gewinn mehr, sagt Vorstandschef Sven Becker. „Die Energiewende hat alles aus den Angeln gehoben.“

Bei der geplanten Investition über 800 Mill. € für ein modernes Gaskraftwerk in Krefeld laufe das Genehmigungsverfahren weiter, der Zeitplan werde aber überprüft. Trianel fühlt sich doppelt belastet: Die konventionellen Kraftwerke bringen nichts mehr, und beim Off-Shore-Windpark Bor-

ken sieht Trianel derzeit einen entgangenen Gewinn von rund 100 Mill. € durch den verspäteten Anschluss. Trianel klagt deshalb gegen den Netzbetreiber Tennet.

Die Stadtwerke müssten sehr aufpassen, dass sie ihre Kräfte in der Energiewende nicht überstrapazierten, so warnt ein seit vielen Jahren in der Branche tätiger Berater. Er will seinen Namen aus Rücksicht auf die Kundschaft nicht veröffentlichten. Erneuer-

bare Projekte seien investitionsintensiv, die nötige Investitionskraft fehle den Unternehmen aber oft, weil Gewinne von den Stadtwerke-Kommunen in die allgemeinen Haushalte abgesaugt würde. Gleichzeitig orientierten sich die Gehälter vielfach noch am öffentlichen Dienst. „Irgendwann fliegt den Kommunalen das um die Ohren“, sagt der Berater.

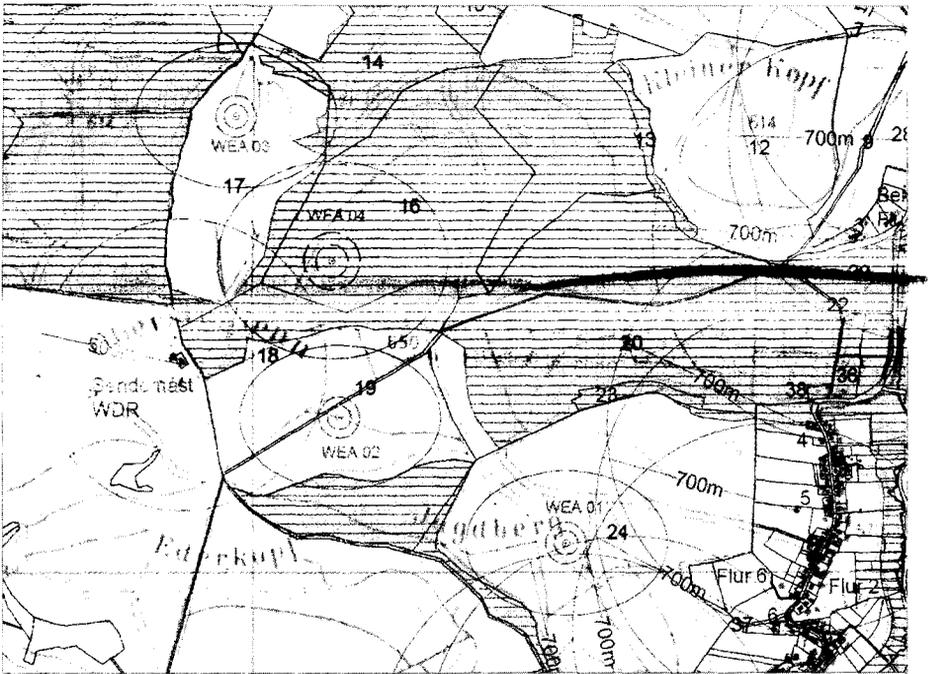
Einen möglichen Lösungsvorschlag für den gesamten Energiemarkt hat CDU-Mann Fuchs bei der Tagung skizziert: Ökostrom-Produzenten sollten verpflichtet werden, zu ihrem Wind- und Sonnenstrom einen bestimmten Anteil an gesicherter Leistung – in der Regel konventionelle Energie – dazuzukaufen.

Das würde die Nachfrage nach Gas- und Kohlestrom und damit auch die Preise wieder deutlich erhöhen. Doch grundlegende Änderungen am deutschen Strommarkt erwartet kaum jemand noch vor der Bundestagswahl. Realistisch ist der Sommer bis Herbst 2014 – eine lange Durststrecke für Unternehmen mit zu wenig Geld im Keller.

4.2.13

„Oberste Henn“ wohl weg

Ausschuss soll Abstände für Windkraft-Vorrangzonen bestimmen



Zwei der drei geplanten Windkraft-Anlagen würden im Bereich „Oberste Henn“ gebaut. Die Gemeinde sieht dort jedoch keine Möglichkeit, eine Vorrangzone auszuweisen. Grafik: SOWI

bw **Erndtebrück**. Die Realisierung der zwei Windkraft-Anlagen im Bereich „Oberste Henn“ nahe Benfe dürfte aller Voraussicht nach immer schwieriger werden – zumindest, falls der Erndtebrücker Bauausschuss am Mittwoch, 13. Februar, der Beschlussvorlage der Verwaltung folgt. Es geht um die Festlegung von Abstandsflächen für Konzentrationsflächen, auf denen ein Bau von Windkraft-Anlagen möglich sein könnte. Klar ist: Bei einer Anwendung der vorgeschlagenen Abstände ist das Vorhaben in der Nähe von Benfe wohl kaum umzusetzen. In der Vorlage heißt es dazu: „Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Abstandsflächen, insbesondere zu Naturschutzgebieten, erscheint es nicht möglich, im Flächennutzungsplan eine Vorrangzone im Bereich Oberste Henn in der Gemarkung Benfe darzustellen.“

Die Gemeindeverwaltung schlägt nämlich vor, bei der Untersuchung zur Ermittlung einer Konzentrationszone zu Naturschutzgebieten einen Abstand von grundsätzlich 300 Metern einzuhalten. Investor Stefan Thölking hatte bei der Vorstellung der Pläne für die zwei Windkraft-Anlagen im Bereich „Oberste Henn“ immer betont, dass es nicht möglich sei, solch einen Abstand von 300 Metern zum Naturschutzgebiet einzuhalten. Er erwähnte jedoch Ausnahmegenehmigungen – einen kleineren Abstand als jene 300 Meter zu einem Naturschutzgebiet will indes die Gemeinde Erndtebrück nicht zulassen. Ferner heißt es in der Vorlage: „Es sind außerdem noch Abstandsflächen zu beachten, die sich aus dem Artenschutz ergeben. Dabei sind die Vorkommen besonders geschützter Tierarten zu beachten. Hierzu bedarf es jedoch genauerer Untersuchungen.“ In weiten Teilen des Erndtebrücker Ge-

meindegebietes gebe es ein Schwerpunkt-vorkommen des Schwarzstorches. Darüber hinaus seien im Gemeindegebiet Rotmilane vorhanden. Laut Verwaltung sollen jedoch diese aufwendigen Untersuchungen erst dann durchgeführt werden, „wenn sich ein Gebiet unter Beachtung der übrigen Aspekte als geeignet erweist“. Auch mit anderen Abständen werden die Möglichkeiten, eine Konzentrationsfläche für Windkraft im Gemeindegebiet auszuweisen, eingeschränkt. Die Verwaltung schlägt unter anderem folgende Abstandswerte vor:

- ▶ 800 Meter zu Siedlungsflächen in den Ortslagen,
- ▶ 600 Meter zur Wohnbebauung im Außenbereich (Mischgebiet),
- ▶ 135 Meter zu Waldflächen,
- ▶ 600 Meter zur Hachenberg-Kaserne,
- ▶ 2000 Meter zum Flugplatz Schameder.

Und über allen Überlegungen schwebt ja eh noch ein weiteres Damoklesschwert: der Abstand zur Radaranlage auf dem Ebschloh. Dazu heißt es von Seiten der Verwaltung: „Bei den Vorprüfungen sollten zunächst keine Abstandsbeurteilungen zu der Radar- und Antennenanlage berücksichtigt werden.“ Erst wenn ein potenzieller Standort für Windkraftanlagen ermittelt worden sei, könne die Wehrbereichsverwaltung gezielt eine Stellungnahme abgeben. Für die Errichtung von Windenergieanlagen – auch Einzelanlagen – sei im gesamten Gemeindegebiet immer die Genehmigung der Wehrbereichsverwaltung erforderlich.

Unter Berücksichtigung der Abstände soll der Bauausschuss die Verwaltung beauftragen, die möglichen Konzentrationsflächen zu ermitteln. Der Ausschuss tagt am Mittwoch 13. Februar, ab 18 Uhr im Erndtebrücker Ratssaal.

Grünwerke statt Jade

Haubergsgenossen wechseln Partner für Windkraftanlagen

sz **Mudersbach.** Die Planungen für den Bau von Windkraftanlagen rund um die Kreuzzeiche schreiten weiter voran: Nachdem bisher die Firma Jade Naturenergie im Bereich Brachbach und Mudersbach-Birken mit den Grundstückseigentümern kooperiert hat, übernimmt nun die Grünwerke GmbH, eine 100-prozentige Tochter der Stadtwerke Düsseldorf, die Projektrechte. Die Düsseldorf Stadtwerke betreiben laut Pressemitteilung über ihre „grüne Tochter“ seit 2005 Windparks in ganz Deutschland. Gemeinsam mit der Haubergsgenossenschaft Eiserfeld auf Siegener Stadtgebiet soll nunmehr ein länderübergreifendes Konzept im Bereich der Kreuzzeiche umgesetzt werden.

Zum besseren Verständnis: Damit ist nicht der Windpark Kreuzzeiche gemeint, den die Firma „Juwi“ in diesem Bereich errichten will. Das Unternehmen aus Wörrstadt hat, wie vor einigen Wochen in der SZ berichtet, Verträge mit den Haubergsgenossen Herdorf, Dermbach, Offhausen, Struthütten und Neunkirchen abgeschlossen. Während diese Anlagen – von maximal elf war die Rede – eher Richtung Hellertal bzw. unmittelbar an der Landesgrenze aufgestellt würden, lägen die Standorte bei den Grünwerken näher am Siegtal. Weiterhin im Boot ist Jade übrigens bei den geplanten Windkraftanlagen auf der anderen Seite des Siegtals auf dem Giebelwald.

„Wir freuen uns, dass wir die Verträge mit den Haubergsgenossenschaften Brachbach und Mudersbach von der Jade Naturenergie übernehmen konnten, sie ergänzen unsere Verträge auf Siegener Seite optimal“, so Ralf Zischke, Geschäftsführer der Grünwerke.

„Für uns als Eigentümer der Flächen war bei der Auswahl des Projektentwicklers entscheidend, dass mit den Grünwerken nicht nur irgend ein Projektentwickler und Investor gefunden wurde, viel wichtiger war der Umstand, dass mit einem alteingesessenen und erfahrenen Unternehmen aus dem kommunalen Umfeld auch die Gewähr für einen langfristigen und vor allem nachhaltigen Betrieb sichergestellt ist. Damit verbunden ist aber nicht nur die lang-

fristige Betriebssicherheit der Anlagen, sondern auch die Gewissheit, dass mit diesem Engagement neben Aspekten der kommunalen Wertschöpfung auch breite und sichere Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerschaft, zum Beispiel in Form von gut verzinsten Windsparsbüchern, durch die Grünwerke realisiert werden können“, wird der Mudersbacher Haubergsvorsteher Bernd Killer in der Mitteilung zitiert.

Bereits vor geraumer Zeit habe es die ersten Gespräche mit den Entscheidungsträgern vor Ort gegeben. Dabei seien insbesondere die örtlichen Besonderheiten und Problemstellungen herausgearbeitet worden, um hier konsensfähige und verlässliche Lösungen anbieten zu können. Dies sei umso wichtiger, als im Bereich der Kreuzzeiche vier Kommunen aneinander grenzten. Da komme es entscheidend darauf an, dass die Planungen sinnvoll abgestimmt würden. So habe es inzwischen eine Reihe von Vorgesprächen mit den betroffenen Gemeinden und Akteuren gegeben.

Auf diese Weise könnten nunmehr für Brachbach, Mudersbach und Eiserfeld optimale Standorte für Windräder gesucht werden, die hinsichtlich der Geräuschentwicklung, der Berücksichtigung des Artenschutzes oder der Rücksichtnahme auf Wasserschutzzonen in ein optimiertes Gesamtkonzept mit minimalen Eingriffen in Natur und Landschaft einfließen würden. Weiterer Vorteil sei die Nutzung des vorhandenen Wegenetzes für die Zufahrten, für die notwendigen Kabeltrassen und die Standorte selbst; der Eingriff in den Wald könne auf diese Weise minimiert werden.

Die Einspeisung des Windstroms erfolge über ein neues Umspannwerk in der direkten Nähe der vorhandenen Hochspannungsfreileitung und sei ein weiterer Pluspunkt des geplanten Projektes Kreuzzeiche. Geplant sind laut Pressebericht bis zu sieben Anlagen der 3-MW-Klasse mit einer maximalen Nabenhöhe von 140 Metern. „Natürlich wird die endgültige Anzahl der Anlagen erst nach Abschluss der Projektierung und der Abwägung aller Interessen festgelegt“, so Ralf Zischke.

Rotmilan-Nester statt Windradflügel

Drei von vier Windkraft-Konzentrationszonen in Netphen wegen des Artenschutzes wenig geeignet

ihm **Netphen**. Der Stadtentwicklungsausschuss wird voraussichtlich am Montag die Weichen für die Ausweisung einer Windkraftzone in Netphen stellen. Die vier ursprünglich ins Auge gefassten Potenzialflächen im Stadtgebiet sind im Hinblick auf den Artenschutz geprüft worden. Das Ergebnis: Drei Flächen gelten als nicht geeignet, nur die größte der vier Potenzialflächen – gelegen auf dem Höhenrücken zwischen dem Oberen Siegtal und dem Wer-

thetal – ist möglicherweise für zehn bis zwölf Windräder geeignet.

Vor allem vier Vogelarten spielen bei der Untersuchung der Potenzialflächen durch Fachleute eine Rolle: Der Schwarzstorch, der Rotmilan, der Baumfalke und der Kolkrahe. Zwischen den Brutplätzen und den Windrädern müssen bestimmte Abstände eingehalten werden, um die Tiere nicht zu stören. Zugrunde gelegt werden dabei folgende Maße:

- ▶ Schwarzstorch: 3000 Meter
- ▶ Rotmilan: 1500 Meter
- ▶ Baumfalke: 1000 Meter
- ▶ Kolkrahe: 300 Meter

In der Potenzialfläche B (oberhalb von Walpersdorf) liegt ein Rotmilanhorst, die vergleichsweise kleine Fläche wird deshalb zur weiteren Untersuchung nicht empfohlen. Auf der Fläche C (oberhalb von Beienbach) lassen sich die Abstände zu einem Rotmilan- und einem Schwarzstorchhorst nicht einhalten, es bliebe nur wenig Platz für die Windräder. Deshalb empfiehlt die Verwaltung auch hier, die Potenzialfläche nicht weiter zu untersuchen.

Baumfalken und Rotmilane brüten oberhalb von Frohnhausen bzw. Eschen-

bach (Gebiet D). Wenn man die Schutzabstände berücksichtigt, bleiben hier nur für die Windkraft wenig geeignete Offenlandflächen in Verbindung mit Laub- und Laubmischwald. Deshalb soll auch diese Fläche nicht weiter untersucht werden.

Übrig bleibt die Potenzialfläche A, die sich auf den Höhen zwischen den Ortschaften Helgersdorf, Grissenbach, Werthenbach und Nenkersdorf erstreckt. Im nördlichen Bereich, so die Stadtverwaltung, brüte zwar auch hier der Rotmilan, aber das 868 Hektar große Gebiet werde durch die Abstandsflächen kaum eingeschränkt: „Damit verbleibt noch genügend substanzialer Raum zur Entwicklung eines Windparks.“

Das Gebiet soll nun einer vertiefenden Artenschutzprüfung unterzogen werden. Diese Prüfung ist nicht ganz billig: 75 000 Euro soll sie kosten. Das Geld will die Stadt nicht allein aufbringen, sondern mit allen betroffenen Waldgenossenschaften über die Finanzierung verhandeln. Außerdem wird man bei der Bezirksregierung die landesplanerische Zustimmung zur Einleitung eines formellen Verfahrens beantragen.

Rübenhain bleibt bestehen

Die Windkraft-Vorrangzone Rübenhain in der Gemarkung Netphen-Salchendorf bleibt erhalten. Hier stehen bereits drei Windräder, allerdings ist die Fläche mit einer Höhenbegrenzung von 100 Metern ausgewiesen. Die benachbarte Vorrangzone „An der Alten Straße“, in der noch keine Windkraftanlagen stehen, soll dagegen im Zuge der neuen Netphener Windkraftpläne aufgehoben werden.

25.01.2013 52

Strompreis-Bremse

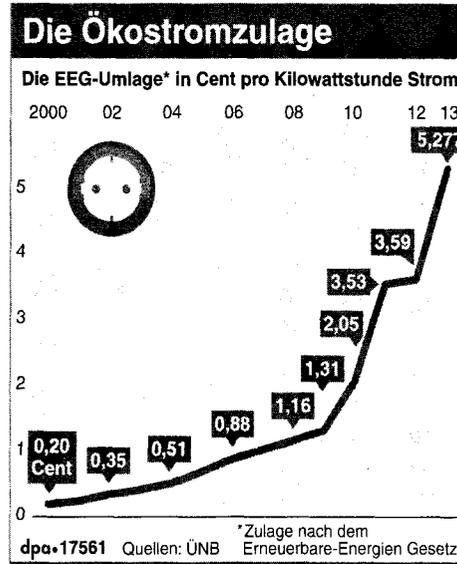
Umweltminister Altmaier erkennt selbst: Die Länder müssen seinen Plänen zustimmen

dpa Berlin. Im Kampf gegen steigende Strompreise will Umweltminister Peter Altmaier (CDU) die Ökostrom-Umlage einfrieren und die Industrie stärker belasten. Dazu schlug er gestern in Berlin überraschend die Einführung einer „Strompreis-Sicherung“ vor. Unklar ist allerdings, ob die Verbraucher so tatsächlich entlastet werden können. Die Chancen des Vorstoßes scheinen zudem klein: SPD und Grüne warfen Altmaier postwendend Aktionismus vor.

„Ich schlage vor, dass wir die Höhe der EEG-Umlage erstmals gesetzlich festschreiben und begrenzen“, sagte Altmaier. Sie solle in diesem und im kommenden Jahr beim heutigen Wert von 5,287 Cent pro Kilowattstunde bleiben und dann höchstens um 2,5 Prozent pro Jahr steigen. „Ich halte es nicht für vertretbar, dass die privaten Stromverbraucher, das Mittelstand und Handwerk das ausschließliche Risiko von Strompreissteigerungen infolge der Energiewende tragen“, sagte Altmaier.

Zum Jahresbeginn war die Umlage um fast 50 Prozent gestiegen. Dadurch muss ein Haushalt mit einem Verbrauch von 3500 Kilowattstunden 185 € für die Förderung von Solar- und Windparks zahlen.

Altmaier möchte die „Strompreis-Sicherung“ nach einer Verständigung von Bund, Ländern und den Fraktionen des Bundestags schon zum 1. August in Kraft



setzen. Er halte einen großen Konsens für möglich. „Das Gesetz, was ich vorschlage, ersetzt nicht die grundlegende Reform des EEG“, betonte er.

Altmaier schlägt mehrere Maßnahmen vor. „Ich will die Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen reduzieren und begrenzen.“ So solle die Mindestumlage für diese Unternehmen maßvoll erhöht werden. Ein Volumen von etwa 500 Mill. € solle sich so mobilisieren lassen. Bei Neuanlagen solle der Beginn der Zahlung der Einspeisevergütung gestreckt werden.

Auch dies könne 500 Mill. € bringen. „Das muss nicht unbedingt zu einem Rückgang (der Erneuerbaren) führen.“ Investoren könnten sich um eine private Zwischenfinanzierung bemühen (ausführliche Darstellung auf Seite 15).

Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP), der von dem Vorstoß überrascht wurde, lobte die Vorschläge. Es handle sich um einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. SPD-Chef Sigmar Gabriel kritisierte die Pläne scharf. „Das ist durchsichtiges Schau-Manöver.“ Investoren würden nur verunsichert. Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin sagte: „Der Neubau von EEG-Anlagen wird mit einer solchen Regelung zum Stillstand kommen.“

Altmaier betonte, die Länder müssten mitziehen. In Niedersachsen die gewählte rot-grüne Landesregierung installiert ist, gibt es im Bundesrat aber eine rot-rot-grüne Mehrheit.

Der Chef der Verbraucherzentrale Bundesverband, Gerd Billen, sagte, dieses klare politische Signal an die Verbraucher habe gefehlt. DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann forderte, die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Unternehmen nicht zu gefährden. Besser sei die Senkung der Stromsteuer. Harsche Kritik kam von der Ökostrom-Branche. Der Bundesverband Erneuerbare Energie warnte vor einer Bremse für den weiteren Ausbau.

Bürger mitnehmen

SPD Netphen fordert Bürgergenossenschaft für Windenergie

ihm **Netphen**. Nur ein einziges größeres Waldgebiet für den Bau von bis zu zwölf Windrädern will die Stadt Netphen ausweisen, aber möglichst viele Menschen sollen dabei ins Boot geholt werden, wenn es nach der SPD geht. Fraktionschef Manfred Heinz appellierte jetzt im Stadtentwicklungsausschuss an die Eigentümer der Grundstücke – die örtlichen Waldgenossenschaften –, die im Umfeld der Windräder lebenden Menschen an dem Projekt Windkraft zu beteiligen, indem sie Genossenschaftsanteile erwerben können.

Ob die Waldgenossen diesen Weg gehen werden, liegt wohl nicht in der Hand der Kommunalpolitik. Ohnehin wird es mindestens zwei Jahre dauern, bis die ersten Fundamente für große Windräder auf den Höhe des oberen Johannlandes gegossen werden können. Ein Jahr

braucht allein die detaillierte Artenschutzprüfung, die nun beginnen soll, ein weiteres Jahr dauert die Änderung des Flächennutzungsplans.

Dass von zunächst vier ins Auge gefassten Windkraftzonen auf Netphener Stadtgebiet nur noch eine übrig bleiben soll (die SZ berichtete), gefiel den Grünen nicht. Während der Stadtentwicklungsausschuss für die weitere Untersuchung des 368 Hektar großen Waldstücks stimmte, enthielten sich die beiden Grünen der Stimme. Helga Rock begründete: „Die Beschränkung auf eine Vorrangzone ist uns zu wenig, mehr ist machbar!“ Alle vier im bisherigen Verfahren begutachteten Flächen sollten in die detaillierte Artenschutzprüfung einbezogen werden, beantragte sie – vergeblich, denn der Ausschuss beschloss, sich auf das obere Johannland zu konzentrieren.

Altmaiers Notbremse

Umweltminister befürchtet Kostendebakel bei der Ökostrom-Umlage

dpa Berlin. Alarmierende Zahlen zu einem massiven Anstieg der Ökostrom-Umlage haben Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) zu seiner Idee für eine „Strompreis-Sicherung“ bewogen. Nach einer Berechnung des Ministeriums und der Netzbetreiber droht bis September eine Unterdeckung des Ökostrom-Kontos um bis zu 1,75 Mrd. €. Die Umlage könnte daher bis 2014 von 5,28 Cent je Kilowattstunde auf bis zu knapp 7 Cent steigen, hieß es gestern aus dem Ministerium.

Altmaiers Plan zum Einfrieren der Umlage auf ihrem heutigen Niveau ist morgen auch Thema des Spitzentreffens der schwarz-gelben Koalition in Berlin. Im Bundesrat ist aber keine Mehrheit in Sicht.

Während der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gestern die

Pläne begrüßte, wollen die Grünen sie im Bundesrat verhindern. „Peter Altmaier kämpft als erster Umweltminister offen gegen Windmühlen“, kritisierte Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin in Berlin. „Sein Instrument ist eine Ausbaubremse für Erneuerbare Energien.“ Die Pläne hätten keine Aussicht auf Zustimmung im rot-grün dominierten Bundesrat. Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann sagte in Brüssel, man werde sich in der Länderkammer entschieden gegen das Vorhaben einsetzen.

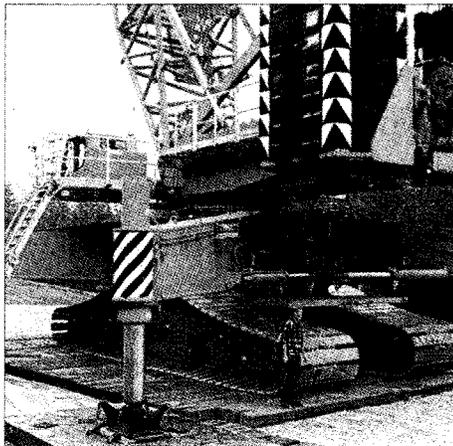
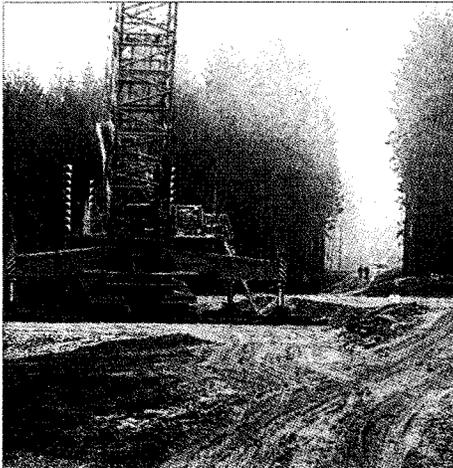
Altmaier will seine „Strompreis-Sicherung“ bis August in Kraft setzen. Am 21. März kommt es zu einer Vorentscheidung – dann findet bei Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ein Energiegipfel mit den 16 Ministerpräsidenten statt. Zeichnet sich dort ab,

dass die Länder nicht mitziehen, dürfte das Projekt keine Chance haben.

Altmaiers Konzept liefert keine Antwort auf ein großes Paradoxon der Energiewende, die sinkenden Einkaufspreise durch immer mehr Wind- und Solarstrom. Was beim Einkauf von Strom Industrie und Versorgern nutzt, bestraft die Verbraucher. Denn die müssen über die Umlage die Differenz zwischen dem Börsenstrompreis und dem auf 20 Jahre garantierten festen Vergütungssatz für Solar- und Windstrom zahlen. Je niedriger der Preis für den Ökostrom, desto größer wird die auf den Strompreis der Verbraucher umzulegende Differenz. Würden die Versorger gesunkene Einkaufspreise weitergeben, wäre der Preis um 2 Cent je Kilowattstunde niedriger, betonte Trittin.

Kein schönes Ausflugsziel

BI Siegtal plant eine Tagestour in den Soonwald / Eigene Homepage online



Waldwege mit den Dimensionen einer Schnellstraße, gigantische Kräne und Freiflächen mitten im Wald: Wie Windrad-Baustellen aussehen, will die BI Siegtal allen Interessierten mit einer Fahrt in den Hunsrück verdeutlichen.

Fotos: privat

damo ■ Üblicherweise suchen sich Vereine gezielt schöne Ausflugsziele: Gern genommen wurde zum Beispiel die Bundesgartenschau in Koblenz – im Sommer 2011 sind keine drei Tage am Stück vergangen, ohne dass ein entsprechender Reisebericht in der Redaktion eingetrudelt wäre. Die Busfahrt, die die Bürgerinitiative Siegtal jetzt plant, fällt da etwas aus dem Rahmen: Das Reiseziel, der Soonwald im Hunsrück, zeichnet sich keineswegs durch Schönheit aus – ganz im Gegenteil. Dass, was die Reisegruppe dort zu sehen bekommt, dürfte allgemein eher Betroffenheit auslösen.

Der Soonwald ist deshalb das Ziel, weil dort schon jetzt das zu sehen ist, was die Bürgerinitiative im Siegtal noch als Damoklesschwert ausmacht: gigantische Windkraft-Baustellen mitten im Wald. Im November war die BI Siegtal mit ein paar Mitgliedern vor Ort – die Fotos, die sie von

dort mitgebracht haben, lassen erahnen, welch gravierende Einschnitte der Bau von Windrädern mit einer Nabenhöhe von 150 Metern mit sich bringt. Werner Weller war selbst mit im Hunsrück – und geschockt. „Wenn der Wald weinen könnte, würde er es dort tun“, meint er.

Natürlich hat die BI reichlich fotografiert. Aber wenn Markus Beul und seine Mitstreiter die Fotos vorlegen, ernten sie oft nur ungläubiges Staunen getreu dem Motto „Das kann einfach nicht wahr sein“. Um den Skeptikern zu zeigen, dass Teile des Soonwalds heute einem Industriegebiet ähneln, aber auch, weil das eigene Erleben intensiver ist als das Betrachten von Fotos, plant die BI jetzt eine Bustour in den Soonwald. Alle Interessierten sind eingeladen mitzufahren – der Termin wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Noch warten die Organisatoren auf passendes Wetter: Derzeit lässt eine Schnee-

decke vieles verschwinden – insbesondere die Waldwege, die auf gigantische zehn Meter Breite vergrößert worden seien, könne man derzeit kaum in ihrer Größe wahrnehmen. Und auch auf den Fundamentbaustellen kaschiere der Schnee derzeit vieles.

Aber schon jetzt nimmt die BI Anmeldungen entgegen. Wie Markus Beul und Werner Weller gestern im Gespräch mit der SZ deutlich gemacht haben, können sich Interessierte jetzt auch online vormerken lassen: Die BI hat eine eigene Homepage online gestellt, auf der Interessierte nicht nur Kontaktdaten und Fotos aus dem Soonwald finden, sondern auch umfangreiche Informationen zum Thema Windkraft und ein Pressearchiv.

Darin tauchen auch die Artikel der SZ zum „Forum ländlicher Raum“ auf, zu dem MdB Erwin Rüdell zuletzt eingeladen hatte. Natürlich war auch die BI mit von der Partie. Wen die Gruppe aber vermisst hat: den Kirchener Bürgermeister Jens Stötzel. „Stötzel glänzte wieder einmal durch Abwesenheit“, kritisierte Beul: Unmittelbar vor Ort würde man sich mehr Unterstützung wünschen, z.B. auch einen Austausch mit dem Arbeitskreis erneuerbare Energie der Verbandsgemeinde. Bis heute warte man aber auf einen Termin.

In andere Richtungen läuft die Kommunikation offenbar besser: So lobten Beul und Weller gestern, dass die Abgeordneten Erwin Rüdell und Michael Wäschenschbach sowie Landrat Michael Lieber im engen Dialog mit der BI stehen würden. Und auch mit den Naturschutzverbänden hätte man eine große Schnittmenge – wenn auch eine etwas andere Herangehensweise. Während der BUND vor allem mit dem Arten- und Naturschutz argumentiere, führe die BI das Schutzgut Mensch ins Feld. „Wenn die 45 Windräder im Siegtal kommen, dann wäre das für die Menschen eine Katastrophe“, sagte Weller.

Ergo wird die BI nicht müde, für ihre Interessen zu kämpfen. So ist neben der Fahrt in den Hunsrück auch eine Informationsveranstaltung in Vorbereitung. Auch dieser Termin ist noch offen: Geplant ist, die zuständige Mainzer Ministerin Eveline Lemke für das Podium zu gewinnen. Die Suche nach einem passenden Termin laufe, informierte Beul.

► Wer mehr wissen will: Die Homepage der BI Siegtal findet sich online unter www.bi-siegtal.de.